



# Interviews

**Datum: 21. Februar 2024**

## **Sarah Zerback im Gespräch mit Manuela Schwesig, SPD**

**Zerback:** Sind die Fronten zu verhärtet für konstruktive Politik?

**Schwesig:** Ich hoffe, nicht. Ich werbe sehr dafür, dass wir heute zu einem Ergebnis kommen. Wir sind im sogenannten Vermittlungsausschuss, dem Ausschuss, der vermitteln soll, wenn es zwischen Bundestag und Bundesrat noch keine Einigung zu Gesetzen gibt. Deswegen hoffe ich, dass alle aufeinander zugehen, denn wir brauchen generell in diesen Zeiten das politische Signal, dass wir uns über alle Parteigrenzen hinweg auch mal einigen können. Es ist ja gerade in den Nachrichten bei Ihnen berichtet worden, die wirtschaftliche Lage ist schwierig, und gerade die Wirtschaft wartet auf ein Signal. Man wird mit diesem Gesetz nicht alles lösen können, aber ein Signal zu setzen an die Wirtschaft, das erhoffe ich mir heute sehr.

**Zerback:** Jetzt muss man aber sagen, Sie hatten selbst auch Bedenken, haben das Gesetz als Ministerpräsidentin mit gestoppt. Mit Ihrer Blockade machen Sie es dem Oppositionsführer Friedrich Merz sehr leicht zu sagen, wir sind nicht die einzigen Spielverderber hier. Haben Sie sich da für die richtige Seite entschieden?

**Schwesig:** Mir geht es um die Sache und um die Sache sollte es auch allen gehen. Es ist im Bundesrat möglich, zu einem Gesetz zu sagen, ja, wir stimmen dem zu, so einem Steuergesetz, oder nein, darüber wollen wir noch verhandeln. Das hat der Bundesrat getan mit vielen Stimmen der Länder, auch mit den Stimmen von Mecklenburg-Vorpommern, weil wir gesagt haben, wir wollen über dieses Gesetz noch mal verhandeln. Es gab jetzt viele Gespräche und es liegt jetzt ein Kompromissvorschlag vor, den wir in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut finden, weil die Kommunen damit nicht so finanziell belastet werden. Die Kommunen hätten das nicht stemmen können. Aber es sind wichtige Punkte drin für die Wirtschaft. Ich will einen konkreten herausnehmen: die bessere Abschreibung für den Wohnungsbau. Das ist sehr wichtig, ein wichtiges Signal an die Bauwirtschaft, aber auch ein wichtiges Signal an viele Bürgerinnen und Bürger, denn wir wollen ja, dass es weitergeht mit dem Wohnungsbau. Es gibt bessere steuerliche Förderungen, bessere Abschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen - das ist gerade für unser Bundesland sehr wichtig -, aber auch für große Unternehmen, die im Forschungsbereich tätig sind. Wir müssen was tun für den Forschungsstandort Deutschland, da gibt es bessere steuerliche Abschreibungen. Aber jetzt ist das Paket so, dass wir auch guten Gewissens hier bei uns im Land sagen können, das ist finanzierbar und unsere Kommunen werden nicht so belastet. Deswegen würden wir diesem Kompromiss zustimmen und ich gehe davon aus, dass viele SPD-Länder jetzt sagen, die Anrufung des Vermittlungsausschusses hat sich gelohnt, wir haben einen guten Kompromiss und so können wir das auch machen.

**Zerback:** Aber wir können auch davon ausgehen, dass der bayerische Ministerpräsident, Markus Söder von der CSU, seine Meinung nicht geändert hat. Er hat es im Deutschlandfunk

am Montag auch noch mal wiederholt. Er macht seine Zustimmung zum Beispiel davon abhängig, dass die Agrardiesel-Subventionen nicht wie geplant gestrichen werden. Ist es eine gute Idee, sich auf die Bedingungen einzulassen?

**Schwesig:** In der Sache kritisieren auch wir in Mecklenburg-Vorpommern die Subventionskürzungen bei dem Agrardiesel, und es ist deshalb dringend notwendig, dass die Ampel mit den Bauern redet. Das hat die Ampel auch angekündigt. Heute werden zum Beispiel die Fraktionen mit den Agrarverbänden zusammenkommen und über viele Themen in der Agrarwirtschaft sprechen. Insofern kann ich die sachliche Kritik gut nachvollziehen, aber wir reden heute im Vermittlungsausschuss über das Wachstumschancengesetz und der Agrardiesel ist gar nicht Bestandteil des Wachstumschancengesetzes, sondern eines anderen Gesetzes, was den Bundesrat noch gar nicht erreicht hat, weil die CDU beim letzten Mal auch dagegen gestimmt hat, dass es auf die Tagesordnung kommt. Insofern: In der Sache verstehe ich die Kritik, aber man steht heute als Ministerpräsident vor der Frage, soll ich gute Sachen für die Wirtschaft, zum Beispiel für die Bauwirtschaft, für kleine und mittlere Unternehmen, was ich eben geschildert habe, aufhalten, weil wir in einem anderen Gesetz, was wir noch gar nicht im Bundesrat haben, Kritik haben. Das wird heute die Frage sein.

**Zerback:** Formal haben Sie da sicherlich recht, Frau Schwesig, aber in der Debatte ist es trotzdem vermengt und die Zustimmung ist genau davon abhängig gemacht worden. Würden Sie sagen, da ist es gut, auf der Linie zu beharren, das hat miteinander formal nichts zu tun, und damit zu riskieren, dass das Wachstumschancengesetz dann heute doch nicht beschlossen werden kann und wieder einmal in die nächste Runde im Bundesrat geht?

**Schwesig:** Ich hoffe sehr, dass sich alle heute aufeinander zubewegen und dass wir heute mit einem Ergebnis rauskommen. Dafür werde ich werben. Ich finde, zum Wachstumschancengesetz liegen konkrete Vorschläge vor, die wir auch finanzieren können, denn wir kennen es ja. Es macht ja auch keinen Sinn, irgendwas ins Schaufenster zu stellen und zu sagen, das wollen wir, aber dann stimmt die Finanzierung nicht. Das wäre etwas, was jetzt auf dem Tisch liegt, was der Wirtschaft hilft, was wir finanzieren können, und deswegen werde ich heute dafür werben, dass wir dafür auch eine Mehrheit bekommen und dass wir über das Thema Landwirtschaft, Agrardiesel in dem Gesetz reden, wo es auch drin ist. Wenn wir heute nicht zum Ergebnis kommen, wäre es, glaube ich, kein gutes Signal, aber dafür ist der Vermittlungsausschuss heute da, dass wir dort beraten und dass wir möglichst dort vermitteln und aufeinander zugehen.

**Zerback:** Die Wirtschaft drängt und ich zitiere noch mal Friedrich Merz, den CDU-Chef. Der sagt jetzt allerdings, das ist eh nur ein kleines Gesetz. Der ifo-Chef Clemens Fuest gibt ihm recht. In den Verhandlungen ist das Gesamtvolumen sowieso schon fast halbiert worden auf gut drei Milliarden Euro. Wurde das soweit abgespeckt, dass es jetzt eh nichts mehr bringt?

**Schwesig:** Nein. Es ist ja so, dass es Gespräche gab, wie kann man Vorschläge machen, wo auch alle guten Gewissens sagen können, das können wir finanzieren. Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite Dinge zu verbessern und auf der anderen Seite zu kürzen. Ich

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

finde, an der Kritik ist was dran. Wir helfen hier einerseits jetzt der Wirtschaft mit guten Maßnahmen; auf der anderen Seite ist in einem anderen wichtigen Wirtschaftsbereich wie der Landwirtschaft gekürzt worden. Deswegen ist es wichtig gewesen, für uns auch als Länder zu sagen, für mich als Ministerpräsidentin es wichtig zu sagen, ich kann nur heute etwas zustimmen, was konkret der Bauwirtschaft hilft, den kleinen und mittleren Unternehmen. Damit sind noch nicht alle Probleme gelöst, das schafft auch nicht ein einzelnes Gesetz, aber ich kann auch guten Gewissens sagen, das kann ich finanziell darstellen, und unsere Kommunen hätten das nicht mitfinanzieren können. Die haben gerade so viele Aufgaben und wir haben ihnen gerade mehr Geld gegeben, damit sie den Aufgaben gerecht werden. Dann kann ich es ihnen nicht auf der anderen Seite wieder wegnehmen. Ich finde, man sollte sich auf Vorschläge konzentrieren, die umsetzbar und finanzierbar sind, und das ist das. Dieses Gesetz wäre aus meiner Sicht ein Signal an die Wirtschaft, dass sich überhaupt was bewegt, denn es sind doch zurzeit – wollen wir doch mal Klartext reden – alle genervt in der Wirtschaft, in der Bevölkerung, dass es viel Streit gibt, aber zu wenig Lösungen. Dafür wäre heute der Vermittlungsausschuss da, aus meiner Sicht ein Signal zu setzen, und das haben wir auch schon bei anderen schwierigen Gesetzen geschafft.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*